6. 1. Kann der Staatsanwalt die Revision auf einen Verstoß gegen die Vorschriften der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung vom 3. Dezember 1918 (RGBl. S. 1393) — AnnWD. — § 1 stützen?

2. Wie ist die gefährdete Kriegsabgabe für eine Steuererklärung zu berechnen, die der Abgabepflichtige zwar nicht rechtzeitig, aber vor dem Inkrafttreten des Zuschlaggesetzes abgegeben hat?

Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 (RGBl. S. 561) — RStG. — §§ 8, 9, 25, 33. Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 524) — BStG. — § 54. Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer vom 9. April 1917 (RGBl. S. 349) — RZuschlagG. — § 1.

III. Straffenat. Ur. v. 30. Oktober 1919 g. W. III 245/19.

I. Landgericht Magdeburg.

Die Revision des Staatsanwalts ist in Übereinstimmung mit dem Urtrage des Oberreichsanwalts verworfen worden.

Aus den Gründen:

„1. Nach den Feststellungen des Landgerichts hat der Angeklagte durch seine am 29. März 1917 in demselben Schriftstück an zuständiger Stelle abgegebene Besitzsteuer- und Kriegsteuererklärung wissentlich und mit Hinterziehungsabsicht der Steuerbehörde unrichtige Angaben gemacht, die geeignet waren, eine Verkürzung der von ihm geschuldeten Besitzsteuer und Kriegsabgabe herbeizuführen. Das Landgericht geht davon aus, daß beide Steuervergehen durch eine und dieselbe strafbare Handlung verübt seien. Es berechnet die hinterzogene Kriegsteuer auf 812,50 M und setzt diesen Betrag — das Einfache der gefährdeten Kriegsabgabe — gemäß §§ 33, 34 Abs. 1 RStG. als Strafe gegen den Angeklagten fest, mit der Maßgabe, daß im Fall der Uneinziehbarkeit für je 15 M ein Tag Gefängnis tritt.

Hinsichtlich des Besitzsteuervergehens sieht die Strafkammer von einer Verurteilung des Angeklagten mit folgender Begründung ab:

„Das durch dieselbe Handlung begangene Vergehen gegen das BStG. fällt unter die Bestimmung der AmnestieWD. Wenn auch diese Tat in gewinnstüchtiger Absicht begangen war, so war doch die Tat nicht erheblich und es war keine höhere Strafe als ein Monat Gefängnis oder 500 M Geldstrafe nach Lage des Falles zu verhängen. Deshalb ist durch die erwähnte WD. das Verfahren hinsichtlich des Vergehens gegen das BStG. niedergeschlagen. Eines besonderen Ausspruchs im Tenor bedurfte es nicht, da es sich nicht um zwei selbständige Handlungen, sondern um eine und dieselbe Handlung handelt. Deshalb kam auch eine teilweise Niedererschlagung der Kosten nicht in Frage.“

Demgegenüber rügt die Revision der Staatsanwaltschaft . . . eine Verletzung der §§ 1, 76, 77 VStG. „durch Nichtanwendung bzw. unrichtige Anwendung“. Es wird geltend gemacht, außer der Kriegssteuer mit 812,50 *M* seien noch 30 *M* Besitzsteuer hinterzogen worden, deren „Freilassung“ auf Grund des Amnestieerlasses vom 3. Dezember 1918 verfehlt erscheine. . . .

Das Revisionsgericht hat sich von folgenden Erwägungen leiten lassen.

Die von der Revision beanstandete Nichtanwendung der Strafvorschriften des VStG. trotz des festgestellten Sachverhalts beruht auf der Annahme des Landgerichts, daß die erwiesene Verletzung des Angeklagten durch die AmnWD. niedergeschlagen sei. Das Rechtsmittel wendet sich also . . . gegen eine vermeintlich unrichtige Anwendung der AmnWD. auf einen ihr nicht unterstehenden Fall. Zu Betracht kommen dabei nur die Vorschriften des § 1, und es fragt sich deshalb zunächst, ob ein Verstoß insoweit dem Rechtsmittel als Unterlage dienen kann. Das ist zu bejahen. Wie der erkennende Senat bereits in dem Urteile III 37/19 vom 28. April 1919 g. O. u. Gen. (RGSt. Bd. 53 S. 39) ausgeführt hat, kann die Niederschlagung gemäß § 1 und ihre Wirkung von den Prozeßbeteiligten zum Gegenstand einer Revisionsbeschwerde gemacht werden, und zwar sowohl nach der verfahrensrrechtlichen wie nach der strafrechtlichen Seite. Den gleichen Standpunkt hat auch der IV. Strafsenat des Reichsgerichts eingenommen und in dem Urteile IV 202/19 vom 27. Mai 1919 g. W. ausgesprochen, daß mit der Rüge einer zu Unrecht erfolgten Nichtanwendung der AmnWD. die sachliche Beschwerde erhoben werde, die zur Nachprüfung des angegriffenen Urteils seinem ganzen Inhalte nach nötigt. Wie es daher dem Verurteilten freisteht, durch Revision auf die unterlassene Anwendung der AmnWD. zu seinen Gunsten hinzuwirken, so muß es auch der Staatsanwaltschaft unbenommen bleiben, im gegenteiligen Fall die entgegengesetzte Auffassung zur Geltung zu bringen, wie dies bereits in dem Urteile des Reichsgerichts I 228/19 vom 22. September 1919 g. O. anerkannt worden ist¹, und zwar durch das Rechtsmittel der Revision, sofern eine einschlagende gerichtliche Entscheidung nicht durch Beschluß, sondern, wie in dem vorliegenden Falle, durch Urteil ausgesprochen worden ist (zu vgl. RGSt. Bd. 23 S. 155 [156], Bd. 50 S. 22 [24]).

Hiernach und gemäß § 1 Abs. 5 AmnWD. hatte das Revisionsgericht in erster Linie zu prüfen, ob die Untersuchung gegen den Angeklagten wegen der Zuwiderhandlung gegen das VStG. durch § 1 AmnWD. niedergeschlagen ist.

¹ Ebenso in dem Urteile I 69/19 vom 19. Juni 1919 g. O., mitgeteilt: DZS. 1919 S. 744. D. C.

Daß dem Angeklagten ein Verstoß gegen § 76 BStG. zur Last fällt, ergeben die Feststellungen des Urteils zweifelsfrei. (Es folgen Erörterungen zur Frage der Niedererschlagung; jedoch wird fortgefahren:)

Hiernach erweisen sich die Bedenken der Revision gegen die Anwendung der UmwD. § 1 auf das festgestellte Besitzsteuervergehen als unbegründet, vielmehr ist die Untersuchung insoweit auch nach der dem Revisionsgerichte gemäß § 1 Abs. 5 obliegenden Prüfung als niedergeschlagen anzuerkennen.

2. Da nach dem früher Dargelegten auch die sachliche Beschwerde als erhoben zu gelten hat, bedurfte es der Nachprüfung des Urteils. Sie mußte sich . . . auf den gesamten Inhalt des Urteils erstrecken. . . . Überdies war die Vorschrift des § 343 StPD. zu beachten, wonach das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft auch eine Abänderung der angefochtenen Entscheidung zugunsten des Beschuldigten nach sich ziehen kann.

Die auf solcher Grundlage erfolgte Nachprüfung des Urteils hat keinen zu seiner Aufhebung nötigen, namentlich auch keinen dem Angeklagten nachteiligen, Rechtsirrtum aufgedeckt. . . .

Rechtsirrig war es allerdings, daß gegenüber dem richtig mit 1000 *M* berechneten Betrage der von dem Angeklagten geschuldeten Kriegsabgabe der gefährdete Betrag auf nur 812,50 *M* festgestellt worden ist, indem er durch Minderung der 1000 *M* um den vollen Betrag des früheren Veranlagungsbetrags mit 187,50 *M* gefunden wurde. Der letztere Betrag setzt sich zusammen aus:

- a) 150 *M* Kriegsabgabe (§§ 9 I, 8 Abs. 1 u. 2 RStG.);
- b) 7,50 *M* = 5% Zuschlag (§ 54 Abs. 2 BStG.; § 25 RStG.);
- c) 30 *M* = 20% Zuschlag (§ 1 RZuschlagsG.).

Zusf. 187,50 *M*

Eine solche Feststellung des gefährdeten Abgabebetrags muß beanstandet werden. Auszugehen war hierbei von der unwahren Abgabe des Angeklagten in seiner Steuererklärung vom 29. März 1917. Sie war es, die den gesetzlichen Abgabebetrag gefährdete, und mit ihr war das Vergehen gegen § 33 RStG. vollendet. Andererseits hatte der in diesem Zeitpunkte gefährdete Betrag eine völlig bestimmte, durch § 9 RStG. festgelegte Höhe. Gefährdet wurde die geschuldete Abgabe insoweit, als sie der Höhe nach nicht aus der Steuererklärung hervorging, dagegen konnte der sich danach ergebende Unterschiedsbetrag, der den Gefährdungsbetrag darstellte, durch Ereignisse, die der Steuererklärung nachfolgten, nicht mehr beeinflusst werden, weder zugunsten noch zumungunsten des Abgabepflichtigen. Demgemäß mußte der gefährdete Kriegsabgabebetrag auf 1000—150 *M* = 850 *M* be-

rechnet werden; denn aus der Steuererklärung des Angeklagten vom 29. März 1917 ergab sich ein Vermögenszuwachs von (13 000—9 000 =) 4 000 *M.*, dem nach Ermäßigung auf 3 000 *M.* gemäß § 8 RStG. ein Kriegsabgabenbetrag von (5⁰/₁₀₀ von 3 000 =) 150 *M.* (§ 9 I RStG.) entsprach. Dagegen war es für die Höhe der Gefährdung ohne Bedeutung, daß sodann dem Angeklagten wegen nicht rechtzeitiger Abgabe der Steuererklärung ein Zuschlag der Kriegsabgabe nach § 54 Abs. 2 BStG. in Verbindung mit § 25 RStG. von 5⁰/₁₀₀ (= 7,50 *M.*) auferlegt wurde. Dieser Betrag durfte daher von dem Gefährdungsbetrage nicht abgezogen werden. Das Gleiche gilt von dem erst durch das RZuschlagG. § 1, dem keine rückwirkende Kraft zukommt, eingeführten Zuschlage von 20⁰/₁₀₀. Da dieser Zuschlag zur Zeit der maßgebenden Steuererklärung, am 29. März 1917, noch nicht geschuldet wurde, konnte er durch sie auch nicht gefährdet werden, mußte also außer Ansatz bleiben, als es sich darum handelte, den Gefährdungsbetrag für den Zeitpunkt der Tat zu berechnen (zu vgl. RSt. Bd. 52 S. 338 [340]). Die vorstehenden Darlegungen ergeben, daß in dem Urteile rechtsirrtümlich von einem Gefährdungsbetrag ausgegangen worden ist, der mit 812,50 *M.* hinter dem richtig auf 850 *M.* zu bestimmenden Betrage zurückbleibt, mithin die Entscheidung nicht zuungunsten des Angeklagten beeinflusst haben kann.“ . . .